

18. Wahlperiode

Ersetzungsantrag

der FDP-Fraktion Berlin

Gegen jede Form politisch motivierter Gewalt

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Berliner Abgeordnetenhaus bekräftigt mit allen seinen Fraktionen die bestehende, grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit und das Recht, sich im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung frei zu äußern. Daraus resultiert aber auch die Pflicht sich ausschließlich friedlich und gewaltfrei zu äußern und die einhellige Verurteilung jeglicher Form von, insbesondere politisch motivierter Gewalt gegen Personen und Sachen.

Begründung:

In unserer Gesellschaft findet bereits über einen längeren Zeitraum eine Verrohung der politischen Umgangsformen statt. Seit längerer Zeit und nicht nur im Zuge des letzten Berliner Wahlkampfes kommt es immer öfter zu gewalttätigen Übergriffen auf Vertreter der politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen, Anschlägen auf Fahrzeuge und Einrichtungen. In Berlin brennen immer wieder Fahrzeuge. - Wahlkreisbüros und andere Einrichtungen sind Ziel von Farbbeutelattacken und schlimmeren Angriffen. Die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen sehen diese Entwicklung ohne Hervorhebung einzelner Vorkommnisse mit Sorge und verurteilt sie ohne Ausnahme und gleich welchen politischen Hintergrundes, wofür wir gemeinsam mit diesem Antrag(Beschluss) ein politisches Zeichen setzen.

Berlin, d. 21.11.2016

Sebastian Czaja
und die übrigen Mitglieder der
FDP-Fraktion